

**In den ersten 100 Tagen:
Für eine Richtungsentscheidung zur Nachhaltigkeitspolitik**

**Empfehlung an die Bundesregierung
Berlin, 29. Januar 2014**

Die Bundesregierung signalisiert im Koalitionsvertrag die Kontinuität in der Nachhaltigkeitspolitik. Um diese letztlich sicherzustellen braucht es allerdings konkretere Festlegungen und neue Initiativen. Hierzu legen wir der Bundesregierung folgende Überlegungen und Maßnahmen nahe. Im Nachhaltigkeitsrat kommen Repräsentanten sehr unterschiedlicher gesellschaftlicher Institutionen und Strömungen zusammen, um im Kleinen vorzudenken, was auch im Großen der Gesellschaft und auf Seiten der Bundesregierung eine Chance verdient.

Zum Verständnis der Nachhaltigkeit

Die aktuelle Situation in unserem Land, in Europa und in der Welt ist kein Anlass für ein unverändertes „Weiter so“. Unsere wirtschaftliche und fiskalische Prosperität ist eine besondere Chance, auf dieser Grundlage und mit diesem Potential die Entwicklungen für eine Lebens- und Wirtschaftsweise voranzutreiben, die auch langfristig bei uns und in weltweiter Solidarität sowie bei wachsenden wechselseitigen Abhängigkeiten tragfähig und damit zukunftsfähig ist. Eine zukunftsfähige Kultur ist eine Kultur der Nachhaltigkeit.

Nachhaltigkeit ist eine alle Lebensbereiche und Aufgaben umfassende grundsätzliche Orientierung. Für ökologische, ökonomische, soziale Entwicklungen und für die institutionellen Fragen. Der Maßstab Nachhaltigkeit ist damit geeignet, politische und gesellschaftliche Entwicklungen in ihrer Wirkung auf Gegenwart und Zukunft zu beurteilen. Nachhaltigkeit ist ein Leitbild, das auch in anderen Religionen und Kulturen eine Heimat hat und damit im Zeitalter der Globalisierung eine gemeinsame Grundlage und eine gemeinsame Perspektive bietet, der auch unser Bildungswesen umfassend Rechnung tragen muss.

Nachhaltigkeit ist mehr als ein technisch-ökonomisches Projekt. Nachhaltigkeit verwirklichen heißt für eine Gesellschaft die Maßstäbe für die eigene Haltung und die Akzeptanz von Entscheidungen zu verändern. Maßstab für unser Handeln ist dann nicht mehr nur die Nützlichkeit für unsere Situation. Maßstab sind dann ebenso die Auswirkungen unserer Entscheidungen und unserer Lebensweise auf die Lebenschancen der Nachkommen und die der Menschen in anderen Regionen dieser Erde.

Eine verbesserte Orientierung an Langfristigkeit und an ökologischen und gesellschaftlichen Belastungsgrenzen braucht eine wirksame nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Sie ist das wichtigste Instrument, um dem langfristig Gebotenen größeren Respekt gegenüber dem aktuell Machbaren zu verschaffen. Die Energiewende, der Ressourcenschutz und eine nachhaltige Finanzpolitik sind aktuell von besonderer Dringlichkeit und der Kern der jetzt anstehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung Deutschlands. Sie sollten im Mittelpunkt der Nachhaltigkeitsstrategie stehen.

Die ersten hundert Tage der Bundesregierung erfordern auch ein klares Signal, dass die gewachsene Verantwortung und Chancen Deutschlands wahrgenommen werden. Die internationale Rolle Deutschlands ist nicht nur eine Frage der klassischen Außen- und Sicherheitspolitik. Vielmehr müssen insbesondere die Beiträge zur globalen Klimapolitik und zu global wirksamen Nachhaltigkeitsthemen betont werden. Deutschland steht hier eine aktive und vo-

rangehende Rolle in Europa an. Der Nachhaltigkeitsrat rät der Bundesregierung zu einer engagierten Fortsetzung und kreativen Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie. Der nächste regelmäßige Bericht über den Stand der Indikatoren und der Zielerreichung ist für 2014 angekündigt. Ein umfassender Fortschrittsbericht ist turnusgemäß für 2016 vorgesehen.

1. Empfehlung: Öffentlichen Diskurs über Ziele starten

Deutschlands Nachhaltigkeitsstrategie wird international beachtet. Das hat der Peer Review 2013 zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik bestätigt. Die Bundesregierung sollte den Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung alsbald wieder aktivieren und sich für die Einsetzung des Parlamentarischen Beirates beim Deutschen Bundestag einsetzen.

Die Bundesregierung sollte Nutzen daraus ziehen, dass heute alle sozialen und politischen Prozesse nach dem Kriterium Nachhaltigkeit beurteilt werden können, ob sie langfristig möglich und tragfähig sind. Das Kriterium Nachhaltigkeit ist geeignet, politische Entscheidungen fachübergreifend, valide und praktisch in ihrer Wirkung auf Gegenwart und Zukunft zu beurteilen. Das gilt es zu nutzen.

Die Nachhaltigkeitsprüfung im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung ist zu stärken und auszubauen. Erfasst werden sollten neben Gesetzen und Verordnungen alle Strategien und Maßnahmen der Regierung. Nötig ist mehr Transparenz über die Reichweite und den Inhalt der Prüfung. Die Bundesregierung sollte kurzfristige Fortschritte vorweisen können.

Die bestehenden Ziele und Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie sind im Lichte neuer Herausforderungen zu modernisieren. Die Basis hierfür sollte ein öffentlicher Dialog legen, der rasch starten sollte und die Grundlage für die Reform der Indikatoren und Ziele im nächsten Fortschrittsbericht legt. Deutschland braucht neue Leitbilder dafür, wie die Gesellschaft mit gemeinsam geschaffenen Wohlstand, mittels welcher Organisation von Arbeit und Engagement, mit qualitativem Wachstum und welcher Idee von Fortschritt die allfälligen Antworten auf die globalen Überlebensfragen geben will. Wir schlagen vor, die Ziele und Vision der Nachhaltigkeitsstrategie inhaltlich zu differenzieren:

- Die Nachhaltigkeitsstrategie sollte die Implementation der bundespolitisch konsolidierten Ziele nicht nur darstellen, sondern, soweit möglich, verbindlich machen. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Berichterstattung zum Thema „Qualität des Lebens“ ist eine wichtige Ergänzung.
- Der Beitrag nichtstaatlicher Akteure für die Erreichung von Nachhaltigkeit in Deutschland sollte besser berücksichtigt werden. Dazu sollten mit der Nachhaltigkeitsstrategie gesellschaftliche Akteure eingeladen werden, ihre Visionen über Erreichbares einzubringen, sofern diese akteursgruppen-übergreifend vereinbart worden sind. Alternativ können zum Beispiel Unternehmen ihre Beiträge zu politisch festgelegten Zielen etwa zur Einsparung von Kohlendioxid, zur Energieeffizienz oder zur Ressourcenproduktivität benennen.

2. Empfehlung: Eine Politischen Erklärung zu Sustainability Made by Germany 2014

Deutschland sollte seine mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie gemachten Erfahrungen bei den internationalen Verhandlungen zu internationalen Nachhaltigkeitszielen im UN-Rahmen (Sustainable Development Goals – SDGs) einbringen, die bis 2015 abgeschlossen sein sollen. Die Ergebnisse sollen in die Weiterentwicklung der nationalen Strategie einflie-

ßen. Denn eine nachvollziehbare und ambitionierte Verknüpfung der Handlungsebenen wäre von allergrößtem Nutzen. Gute Vorschläge, und erst recht: Ansprüche, zur Lösung globaler Probleme und an die Adresse anderer Staaten sind nur so viel wert, wie Deutschland sich auf der eigenen nationalen Ebene an Visionen und zukunftsweisenden Initiativen zutraut. Der Energiewende und der Ressourceneffizienz kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Die Bundesregierung gibt global weithin sichtbare Zeichen für Ambition und Kooperation, zuletzt mit der Beauftragung von acht internationalen Experten zur kritischen Durchsicht der nationalen Politik (Peer Review zur Nachhaltigkeitspolitik 2013).

Wir empfehlen daher der Bundesregierung, 2014 eine *Politische Erklärung* zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und ihrer globalen Dimension zu erstellen. Wir regen an, dass sie mit Blick auf die internationale Politik-Agenda 2015 (globale Klimapolitik, UN-Nachhaltigkeitsziele, UN-Habitat und die Zukunft der Stadt, Deutschlands G8-Präsidentschaft, Finanzunion Europa, EU-Nachhaltigkeitsstrategie) ausführen, welche Angebote die Bundesregierung zur Verbesserung des zwischenstaatlichen Erfahrungsaustauschs über nationale Nachhaltigkeitsstrategien unterbreiten kann.

Die zwischenstaatliche Verhandlung von universell geltenden, globalen Nachhaltigkeitszielen ist von großer Bedeutung, international wie national. Wir empfehlen die aktive Beteiligung Deutschlands an der gesamten Breite der Themen und einen deutschen Vorstoß zur Ressourceneffizienz als einem Ziel, bei dem sich Deutschlands Kompetenz mit der Wirkung für Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern verknüpft.

Auch sollte sich die Bundesregierung gegenüber der kommenden EU-Kommission für eine Weiterentwicklung der EU-Nachhaltigkeitsstrategie (Sustainable Development Strategy, EU-SDS) einsetzen und sich in die Formulierung von Eckpunkten für eine runderneuerte EU-Strategie zur Nachhaltigkeit einbringen. Hier könnten insbesondere Schwerpunkten bei den Themen einer soliden Haushaltsführung und des Einbezugs der ökologischen und sozialen Kosten von Produktion und Konsum gelegt werden. Wir regen ferner an, dass die Bundesregierung die Erfahrung maßgeblicher Stakeholder aus Unternehmen und Kommunen einholt und einbezieht, die sich erfolgreich der Umstellung auf ein sustainability – made in Germany stellen. Wir unterstreichen die Notwendigkeit für Deutschland, eine sehr viel aktivere Rolle dabei zu spielen, auch im europäischen Kontext ein „breitenwirksames, inklusives, ressourcenschonendes und kohlenstoffarmes Wachstum“ (Koalitionsvertrag) zu erreichen.

3. Empfehlung: Den Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung einsetzen.

Nachhaltigkeitsstrategien sind ein konkretes Anwendungsfeld für Methoden guten Regierens. Nachhaltigkeit erfordert das Aufbrechen von verkrusteten Fachstrukturen, die sich einander ab- und ausgrenzen. Zukunftsfragen wie der Klimaschutz, die Kreislaufwirtschaft sowie die Bemühung um bessere Lebensqualität bis zur Schuldenbremse erfordern die Integration verschiedenster Sachbereiche und Verwaltungsebenen. Das Handlungsmuster aus Gesetzen und Verordnungen muss um geeignete Muster aus Verantwortung und Vertrauen ergänzt werden. Die Politik soll den Menschen die Freiheit für nachhaltige Kulturentwürfe und Lebensstile schaffen.

Maßgebliches Mittel hierzu ist die Schaffung von Institutionen und die Erhaltung von deren Flexibilität und Selbstreflektion. Frühere Bundesregierungen haben hierzu einen Ausschuss von Staatssekretären aller Ressorts einberufen und unter Leitung des Chefs des Bundeskanzleramtes mit der Aufgabe betraut, Entscheidungen zur Nachhaltigkeitsstrategie zu treffen.

Wir empfehlen die Wiedereinsetzung dieses Ausschusses. Anders als bisher sollte er aber eine intensivere Sitzungsfolge haben (mehr Themen, mehr Relevanz). Anders als bisher sollte der Nachhaltigkeitsrat an geeigneten Tagesordnungspunkten teilnehmen. Für bestimmte Dauertemen sollte der Ausschuss zudem einen Ansprechpartner benennen. Das erhöht die Transparenz und die personale Verantwortung für Nachhaltigkeitsthemen.

Die Staatssekretäre sollten ihre inhaltliche Agenda langfristig festlegen, um eine gründliche Vorbereitung zu gewährleisten. Als prioritäre Themen in den nächsten Monaten schlagen wir vor.

Peer Review 2013

- Die Bundesregierung hat eine Gruppe von international renommierten Experten mit der Bewertung ihrer Ansätze und Verfahren zur Nachhaltigkeitspolitik beauftragt. Dessen Ergebnis liegt als Peer Review 2013 vor, zu dem wir am 4.11.2013 ausführlich Stellung genommen haben.
- Wir empfehlen der Bundesregierung, eine Bewertung des Ergebnisses des Peer Review 2013 öffentlich vorzulegen.

Finanzen

- Die Politik hat noch nicht die notwendigen Schlussfolgerungen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise gezogen. Die Finanzierung von Zukunftsaufgaben wie Infrastrukturen einer nachhaltigen Mobilität oder einer Versorgung mit erneuerbaren Energien sind nicht stabil. Wirksame Regeln zur Begrenzung von Risiken an den Finanzmärkten, aber auch hinsichtlich der Staatshaushalte und der europäischen Finanzunion stehen aus.
- Der Staatssekretärsausschuss sollte die finanzielle Perspektive der öffentlichen Haushalte zum Schwerpunkt machen. Anzusprechen wäre, auf welche Art die bisher nicht fiskalisch erfassten (versteckten, sozialisierten) Kosten in der Praxis der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der öffentlichen Hände Beachtung finden können. Auch die Kehrseite der Kosten, nämlich Nutzen und Haftung bei Risiken sowie Resilienz, sollten thematisiert werden. Schließlich ist es erforderlich, die Berichterstattung zur Nachhaltigkeit breiter in der öffentlichen Praxis zu verankern. Die Staatssekretäre sollten Optionen beraten, um den Deutschen Nachhaltigkeitskodex zur Grundlage für Branchen-Vereinbarungen mit öffentlichen Dienstleistungsbetrieben zu machen.

Bodenschutz

- Der Bodenschutz ist ein Schlüssel für die Integration von Umweltbelangen, urbaner Entwicklung und der nachhaltigen und verbrauchernah produzierenden Landwirtschaft. Wir stimmen der Koalition zu, wenn sie ihr bestehendes Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie zum Schutz un bebauter Fläche und von Böden bekräftigt. Das allein reicht allerdings nicht aus. Nach Jahren informeller Bemühung steht der Flächenschutz zwar besser da als zu Beginn der 2000er Jahre, ist allerdings noch mehr als deutlich von der Erreichung des Ziels der Nachhaltigkeitsstrategie entfernt. Über die Bekräftigung des Zieles und weitere Test- und Modellvorhaben hinaus ist ein weit größerer politischer Impuls nötig.
- Wir empfehlen einen öffentlichen Aktionsrahmen zum Flächenschutz im Sinne des Ziels 30 Hektar. Einzubeziehen sind die Kriterien des nachhaltigen Bauens, der

nachhaltigen Bodenbewirtschaftung und der vollständigen öffentlichen Kostenrechnung. Es sind innovative Voraussetzungen zu schaffen, damit Entlastungsmaßnahmen (Rückbau, Entsiegelung, Renaturierung) glaubwürdig verifiziert werden können. Wir empfehlen, den Schutz der Böden vor Erosion und dem Verlust von Leistungskraft in Land- und Forstwirtschaft effizient zu verstärken und die nicht fiskalischen Vorteile nachhaltiger Bodenbewirtschaftung zu fördern. Neben nationalen Maßnahmen ist eine deutsche Initiative auf EU-Ebene angezeigt, die die verfahrenre Situation um die gescheiterte EU-Rahmenrichtlinie zum Bodenschutz löst. Von der Nachhaltigkeitsstrategie erwarten wir, dass sie den sachlichen Rahmen und die europapolitischen Impulse eines neuen Ansatzes zu einem Soil Stewardship entwirft, mit dem der Schutz der Böden bei der Erzeugung von land- und forstwirtschaftlichen Produkten verbessert wird.

Ressourceneffizienz

- Die Perspektiven für die deutsche Wirtschaft ergeben sich zu einem nicht unerheblichen Teil aus den Rahmensetzungen für die Energiewende, eine nachhaltige Entwicklung der Mobilität und des Bauens, die Ressourceneffizienz, dem Zugang zu Bildung und einer nachhaltigen Finanzverfassung. Als beispielhafte Leitgröße greifen wir die Herausforderungen einer besseren Ressourcenproduktivität und Kreislaufwirtschaft heraus.
- Produktverantwortung fängt bei der Herstellung der Produkte und der Beschaffung ihrer Rohmaterialien an. Zum nachhaltigen Wirtschaften gehören die Vermeidung von Abfall und die sachgerechte Verwertung in anspruchsvollen Stoffkreisläufen. Die Praxis des Recyclings muss mit ambitionierten Zielen und Quoten vorangetrieben werden. Sie sind Teil der Vision einer nachhaltigen Ressourcenwirtschaft.

Die ersten hundert Tage einer Regierung setzen wichtige Akzente für die gesamte Regierungsperiode. Die drei Empfehlungen benennen in diesem Sinne prioritäre Handlungsbereiche. Die Anforderungen, die sich in den nächsten Jahren an die Nachhaltigkeitspolitik stellen, sind teils erkennbar, teils werden sie neu sein und überraschen. Wir glauben, dass die drei Empfehlungen eine gute Grundlage für eine ambitionierte und klar verständliche Politik bieten. Der Nachhaltigkeitsrat wird hierzu weiterhin konstruktiv und mit kritischen Nachfragen beitragen.